

Der illiberale Kat-echon: zur Demokratiekritik bei Carl Schmitt

Slominski, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Slominski, P. (1997). *Der illiberale Kat-echon: zur Demokratiekritik bei Carl Schmitt*. (Reihe Politikwissenschaft / Institut für Höhere Studien, Abt. Politikwissenschaft, 41). Wien: Institut für Höhere Studien (IHS), Wien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-266066>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

**Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna**

Reihe Politikwissenschaft / Political Science Series

No. 41

Der illiberale Kat-echon
Zur Demokratiekritik bei Carl Schmitt

Peter Slominski

Der illiberale Kat-echon

Zur Demokratiekritik bei Carl Schmitt

Peter Slominski

Reihe Politikwissenschaft / Political Science Series No. 41

April 1997

Institut für Höhere Studien
Stumpergasse 56, A -1060 Wien
Fax: +43/1/597 06 35

Peter Slominski
Phone: +43/1/599 91-180
e-mail: Slominsk@ihssv.wsr.ac.at

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna

Die **Reihe Politikwissenschaft** wird von der Abteilung Politologie des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Wien herausgegeben. Ziel dieser Publikationsreihe ist, abteilungsinterne Arbeitspapiere einer breiteren fachinternen Öffentlichkeit und Diskussion zugänglich zu machen. Die inhaltliche Verantwortung für die veröffentlichten Beiträge liegt bei den AutorInnen. Gastbeiträge werden als solche gekennzeichnet.

Alle Rechte vorbehalten

Abstract

Once again, Carl Schmitt is en vogue. The reappearance of his theoretical framework within the New Right in order to criticize liberal democracy is the starting point of this paper. The introductory chapters put Schmitt in the intellectual context of the Weimar Republic, especially the so-called “Conservative Revolution”. Nonetheless, the main part of the paper deals with various aspects of Schmitt’s critique of liberal democracy. The paper tries to work out six different elements of this critique: Political Catholicism, liberalism, parliamentarism, democracy, modernity and economy. Finally, it indicates that Schmitt’s arguments can also be placed within the communitarian way of criticizing liberal democracy though this fact is almost neglected by the scientific community so far.

Keywords

democracy, liberalism, modernity, Carl Schmitt

Inhalt

- 1. Einleitung 1**
- 2. Die geistige Lage in der Weimarer Republik 2**
 - 2.1 Die Konservative Revolution 3**
- 3. Carl Schmitt in zeitgenössischer Hinsicht 4**
- 4. Grundsätzliches und Methodisches 5**
- 5. Elemente der Demokratiekritik 6**
 - 5.1 Der politische Katholizismus 6**
 - 5.2 Die Moderne 10**
 - 5.3 Der Liberalismus 13**
 - 5.4 Der Parlamentarismus 15**
 - 5.5 Die Demokratie 19**
 - 5.6 Die Ökonomie 20**
- 6. Ausblick 21**
- 7. Bibliographie 24**
 - 7.1 Werke von Carl Schmitt 24**
 - 7.2 Sekundärliteratur 25**

*Wir werden immer wieder belehrt, daß
Schmitt kein Demokrat ist, was nicht zur
Debatte stand, niemand hat das je behauptet.*
Jacob Taubes

1. Einleitung

Seit 1989 entwickelt sich ein Trend innerhalb der (deutschen) Rechten, dem bis dahin eine eher untergeordnete Bedeutung zukam. Der Liberalismus löst heute zunehmend den Sozialismus als den ideologischen Hauptgegner ab. In der deutschen Wochenzeitung *Junge Freiheit*, die sich als rechtsintellektuell und jungkonservativ versteht, kommt die neue Stoßrichtung am deutlichsten zum Ausdruck (s. etwa Kellershohn 1994). Als Vorbild dient ihr die sogenannte »Konservative Revolution« der 1920er Jahre (s. dazu etwa Breuer 1993). Die Neue Rechte bedient sich dieser ideologischen Strömung, und in besonderer Weise auch ihrem nahen ideologischen Verwandten, Carl Schmitt, systematisch. Und sie greift alte Argumentationsmuster auf, um sie auf aktuelle politische Problemstellungen modifiziert anzuwenden. Das ausdrückliche Ziel ist dabei: Im »Kampf um die kulturelle Hegemonie« den »Westen« neu zu denken, das heißt, antiliberal zu denken. Eines von vielen Beispielen, wie das Schmittsche Denken in die tagespolitische Debatte durchschlägt, repräsentiert etwa der Staatsrechtler und Professor an der deutschen Verwaltungsakademie Helmut Quaritsch. Unter Zuhilfenahme von Schmittschen Begriffen und Kategorien (vgl. VL, 232) wie »Homogenität« und »Identität« behandelt Quaritsch zunächst abstrakt ganz im Sinn der begrifflichen Binnenlogik Schmitts die »Ausgrenzung« und »Ausscheidung des Anderen« und leitet sie von einander ab, um sich dann anschließend in scharfer Polemik gegen ein allzu liberales Asylrecht mit all seinen »multikulturellen Implikationen« zu wenden (vgl. Mehring 1992, 25f.)

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit einem spezifischen, aber im angedeuteten Sinne hochaktuellen Ausschnitt aus dem Schmittschen Denken: mit seiner Demokratiekritik. Ihr Anspruch ist, die intellektuellen und geistesgeschichtlichen Wurzeln der illiberalen Demokratiefeindlichkeit Carl Schmitts zu rekonstruieren und ihre Prämissen offenlegen.

Ein solches Unterfangen macht nur dann Sinn, wenn man die verschiedenen Argumentationsstränge tatsächlich ernst nimmt und versucht, sich auf sie einzulassen. In gegenwärtigen Diskussionen wird Carl Schmitt oft vorschnell und relativ uninformiert verdammt. Diskursverweigerung und einfache Schnellurteile sind aber nicht nur intellektuell billig. Sie werden auch in dem Augenblick problematisch, wo sie dazu führen, daß wesentliche Facetten des Schmittschen Gedankenguts zugedeckt werden, unanalysiert und unverstanden bleiben, um so in der Folge oft unerkannt und unreflektiert weiterzuwirken.

Bei diesem Versuch einer systematischen Auseinandersetzung mit Schmitts antidemokratischen Überzeugungen werden Fragen rund um die Person Schmitts, insbesondere seine Verwicklung in den Nationalsozialismus außer Betracht bleiben. Diese Periode

ist hinsichtlich seiner politischer Thesen von vergleichsweise geringem Wert. Ihre nationalsozialistische Primitivität ist so offenkundig, daß ihr aktueller politischer Mehrwert gleich null ist. Somit werden wir seine Schriften ab 1933 ebensowenig berücksichtigen wie seine intellektuelle Ausstrahlung auf europäische Intellektuelle nach 1945.

Die vorliegende Arbeit wird sich somit auf die Kritik an der liberalen, parlamentarischen Demokratie konzentrieren, die Carl Schmitt in seinem Frühwerk artikuliert. Um dieses Thema angemessen erschließen zu können, ist es notwendig, uns einleitend in Bereiche vorzuwagen, die auf den ersten Blick wenig mit der ursprünglichen Problemstellung gemein haben, für eine Beurteilung der Schmittschen Demokratiekonzeption jedoch unverzichtbar sind. Dazu gehören insbesondere seine Ausführungen zur Modernitätskritik und zur politischen Theologie.

In der vorliegenden Arbeit werden wir darlegen, daß Schmitt die liberale Demokratie als politische Ausprägung einer tiefergehenden gesellschaftlichen und geistigen Veränderung begreift. Diese Entwicklung hat im Grunde mit der subjektzentrierten Philosophie Descartes begonnen und seinen realpolitischen Höhepunkt in der Französischen Revolution erlebt. Der Mensch beginnt sich gegen die gottgegebene Schöpfungsordnung zu erheben und findet die geistig-moralische Letztbegründung in sich selbst. Da Schmitt jedoch in Extremen denkt und überall Chaos und Anarchie, d.h. (politische) Un-Ordnung wittert, hält er diesen Prozeß, verbunden mit seinem negativen Menschenbild, für gefährlich und ergreift Position für den Staat.

Wie erwähnt ist die Rezeption Carl Schmitts durch die Neue Rechten ein bekannter und gut dokumentierter Sachverhalt. Was meist jedoch übersehen wird, ist die Nähe kommunitaristischer Ansätze mit dem Antiliberalismus Carl Schmitts. Wie etwa auch Stephen Holmes (1996) argumentiert, lassen sich bestimmte Argumentationsmuster kommunitaristischer Autoren bereits bei sogenannten »hard anti-liberals« wie etwa Carl Schmitt ausmachen. In ihren kurzen abschließenden Überlegungen verweist die vorliegende Arbeit auf diesen spannenden Themenkomplex und auf die Forschungslücke, die er aufreißt.

2. Die geistige Lage in der Weimarer Republik

Seit Beginn des Jahrhunderts war eine Suche nach neuen Maßstäben und zukunftsweisenden Utopien angebrochen. Dies kann als Wunsch gedeutet werden, der als unbefriedigend empfundenen intellektuellen Situation des 19. Jahrhunderts zu entrinnen. Für Sontheimer (1968, 43) ist das antidemokratische Denken der Weimarer Republik eine Frucht dieser geistigen Neuorientierung. Vor allem mittels der neu entstandenen sogenannten Lebensphilosophie und des damit zusammenhängenden Irrationalismus (vgl. u.a. Freud, Bergson, E. Jünger) konnte eine bewußte Abgrenzung von der »Vernunftideologie« der früheren Jahre erreicht werden. Für die (rechten) Antidemokraten bildete die Lebensphilosophie das

intellektuelle Fundament ihrer Angriffe auf die liberale Demokratie. Die Einbeziehung von irrationalistischen Kategorien und Begriffen ist insofern als besonders problematisch einzuschätzen, da sich insbesondere der moderne Staat auf rationale Strukturen in Wirtschaft und Verwaltung stützt und auf diese Weise große Angriffsflächen bietet.

Parallel dazu kann als Gegenbewegung zur damals dominierenden positivistischen Wissenschaft eine Renaissance metaphysischen Denkens ausgemacht werden. Insbesondere führte die katastrophale wirtschaftliche und politische Situation zu jenem Fortschrittspessimismus und jener intellektuellen Leere, in der sich das neue »Denken« rasch ausbreiten konnte. Jetzt dominierte aber nicht mehr das Denken im Sinne einer kritisch-distanzierten Analyse, sondern das Erleben, Fühlen, Schauen und die Vergegenwärtigung des Mythos standen im Vordergrund der intellektuellen Beschäftigung. Die nachfolgende rationale Überprüfung wurde entweder abgelehnt oder wurde bestenfalls als sekundär eingestuft. Zwar hatte die Überwindung eines allzu dogmatischen Positivismus und Empirismus auch einige Vorteile und belebte die geistige Entwicklung, nichts kann aber darüber hinwegtäuschen, daß in Summe der rationale Grundkonsens der Wissenschaft in Frage gestellt wurde.

Die neuen irrationalistischen Denkansätze wurden von der politischen Publizistik dankbar aufgegriffen und zu einem Protest des wirtschaftlichen und politischen Systems umfunktioniert. Die Kritik an den »mechanischen Lebensformen«, die »Degeneration der Seele« wird seiner anfänglichen Politikferne entkleidet und es erfolgt eine sich zusehends intensivierende Fundamentalkritik der liberalen Demokratie. Mit dieser Elementarkritik des Intellekts war jene entscheidende Bastion gefallen, die später jene dringend notwendige Korrektivfunktion ausüben hätte können. So aber wurde vom Großteil des antidemokratischen Lagers die rationale Kritik jahrelang denunziert, wodurch man sich bereits im intellektuellen Vorfeld einer rational-diskursiven Auseinandersetzung entzog (vgl. Sontheimer 1968, 50).

2.1 Die Konservative Revolution

Eine der Hauptströmungen des antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik war die Konservative Revolution. Ob Schmitt dieser sich eher elitär verstehenden Denktradition zugerechnet werden kann, ist nicht eindeutig zu beantworten. Die Tatsache aber, daß ihn ein großer Teil der Literatur (vgl. z.B. Breuer 1993) dieser Richtung zuordnet, es eine bedeutende argumentative Schnittmenge gibt (die Liberalismuskritik) und sich neokonservative Strömungen (v.a. die Zeitschrift »Junge Freiheit«) sowohl auf Schmitt als auch auf die Tradition der »Konservativen Revolution« berufen, macht eine zumindest cursorische Auseinandersetzung notwendig.

Hauptgegner der »Konservativen Revolution« ist die Moderne und ihre politischen und gesellschaftlichen Ausprägungen – in erster Linie der Liberalismus (Breuer 1993, 181). »Dem naiven Frager nach dem Wesen dieser neuen europäischen Epoche kann nur eine einzige

gültige Antwort erteilt werden: Es wird in allen Stücken entgegengesetzt sein den Wertungsweisen und sozialen Formen der 1789 durchgebrochenen liberalen Welt« (Jung 1932, 156). Interessant ist die Abgrenzung zum Deutschnationalismus. Die »Konservative Revolution wollte mehr als die bloße Macht bzw. die Wiederherstellung der deutschen Ehre«. »Es hieß, daß seine Befürworter nicht eine Position innerhalb der Republik verwarfen, sondern die ganze Republik und die ganze Gegenwart; daß sie 'Rechts' für so veraltet hielten wie 'Links' und ganz neue Fragen stellten, ganz neue Ideale bieten wollten. Das war ihnen allen gemeinsam, wie sehr auch sonst ihre Meinungen auseinandergingen« (Mann 1992, 734). Ihr ging es darum, das Übel des modernen Staates und der modernen Zivilisation an seiner Wurzel anzupacken. Aus all der sich aus Industrialisierung und Klassenentwicklung ergebenden Heterogenität sollte ein von einem gemeinsamen Wertungsbewußtsein getragenes Volk hervorgehen. Oder um in den Kategorien Schmitts zu sprechen: Aus der Vorherrschaft bloßer ökonomischer Interessen bzw. deren hohler Befriedigung, sollte die Herrschaft des Politischen hervorgehen. Sontheimer (1968, 122) gesteht der »Konservativen Revolution« eine im Vergleich zum eher simpleren Deutschnationalismus idealere Gesinnung und höhere nationale Ziele zu. Nichtsdestotrotz war die deutschnationalistische Strömung die politisch realistischere; die Ideen der »Konservativen Revolution« waren demgegenüber zum Leidwesen Schmitts voll von politischer Romantik (vgl. Mann 1992, 736).

3. Carl Schmitt in zeitgenössischer Hinsicht

Der Jurist, Staatsrechtler und politische Theoretiker Carl Schmitt (1888–1985), intellektueller Protagonist eines ereignisreichen Jahrhunderts, ist im Geistesleben vieler europäischer Länder, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, nach wie vor präsent. Er galt zwar einige Zeit als *persona non grata* – der Faszination an seiner Persönlichkeit tat dies jedoch keinen Abbruch und gerade in den letzten Jahren läßt sich an der wachsenden Zahl der Publikationen ein verstärktes Interesse an der Auseinandersetzung mit seinen Schriften erkennen. Manchmal macht die Bandbreite der Rezeption staunen, spricht man doch bereits von einer linken und auch liberalen Rezeption Schmitts (vgl. Mehring 1992, 22; Kennedy 1986; Taubes 1993, 132f.). K. Sontheimer (1985) ging sogar soweit, all jenen, denen die liberale Demokratie am Herzen liegt, von einer Auseinandersetzung mit Schmitt abzuraten. Andere wiederum versuchen die katholisch geprägten Frühschriften Schmitts in ihrem geistesgeschichtlichen Kontext zu analysieren. In Deutschland sind bzw. waren diese Versuche vor allem im Umkreis des 1987 verstorbenen Jacob Taubes zu beobachten. Gerade diesem Rezeptionsstrang wird in der vorliegenden Arbeit besondere Bedeutung beigemessen, lassen sich doch gerade an ihm die Argumentationslinien der Schmittschen Demokratiekritik entsprechend gut rekonstruieren und intellektuelle Parallelen zur zeitgenössischen Gesellschaftskritik aufzeigen. Schmitts verbale Angriffe auf die Weimarer Demokratie lassen sich nämlich als grundsätzliche Liberalismus- und Modernitätskritik lesen. Das Bewußtsein einer Kulturkrise, vermittelt durch das Erleben einer politischen und wirtschaftlichen Umbruchsituation, geprägt vom Verlust

selbstverständlicher Lebensformen und metaphysischer Sicherheiten, verstärkt sein Verlangen nach prämodernen politischen Ordnungsmustern und Institutionen. In diesem Sinn ist auch die politische Theologie Schmitts zu verstehen – weniger als Kampf um Glaubensinhalte und religiöse Überzeugungen, sondern mehr als ein mit Hilfe des Katholizismus transportiertes Versprechen für festgefügte Wertehierarchien und verbindlicher Lebensorientierung.

Auch unserer heutigen Zeit wird allseits die Charakteristik einer Umbruchsituation zugeschrieben. So verwundert es denn nicht, daß sich auch jetzt wieder Argumentationsmuster dieser Zeit in wissenschaftlichen wie auch tagespolitischen Debatten wiederfinden (vgl. Holmes 1996, XII), oftmals mit der Zielsetzung, den liberal-demokratischen Grundkonsens auszuhöhlen bzw. politische Gegenentwürfe anzubieten. Theoretiker wie Schmitt »excoriated liberalism for its atomistic individualism, its belief in the primacy of rights, its flight from 'the political', its uncritical embrace of economic categories, its moral scepticism (or even nihilism), its decision to give abstract procedures and rules priority over substantive values and commitments, and its hypocritical reliance on the sham of judicial neutrality« (ebd.).

4. Grundsätzliches und Methodisches

Die Schlüsselbegriffe im Denken Carl Schmitts oder – noch besser – seine politischen Grundprägungen sind Katholizismus, Nationalismus und Etatismus (Quaritsch 1989). Als Ausgangspunkt seiner Kritik ist der Verlust der christlichen Religion, insbesondere der »antirömische Effekt« (KF, 5) im ausgehenden 18. Jahrhundert als Quell aller geistigen Irrtümer und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen anzunehmen. Für Greiffenhagen (1986, 85) ist diese »Reduzierung geistiger und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen auf Religionsverlust« eine typische Argumentation des Konservativismus. Die weitere Stoßrichtung ist dann nur noch eine logische Konsequenz: Kritik der Aufklärung mit ihren eigenen Mitteln und Gegenbewegung zum Prozeß der Demokratisierung als ein mit der Moderne verbundenes Konzept.

Aufschlußreich ist auch Schmitts Menschenbild. Seiner Überzeugung nach vertreten alle wahrhaft politischen Denker ein pessimistisches Menschenbild, welches den Menschen als ein im Grunde gefährliches und herrschaftsbedürftiges Wesen betrachtet (PT, 62). Die Klugheit dieses Gedankens besteht laut Mehring (1992, 16) in der axiomatischen Methodik. Schmitt argumentiert an dieser Stelle gegen einen radikalen Individualismus und Anarchismus und spitzt das politische Problem auf die keine Vermittlung zulassende Dichotomie zu: Autorität oder Anarchie – »die blutige Entscheidungsschlacht, die heute zwischen dem Katholizismus und dem atheistischen Sozialismus entbrannt ist« (PT, 63). Der Liberalismus wird in diesem Zusammenhang bloß als entscheidungsunfähige »clasa discutidora« denunziert, als ein nicht ernstzunehmendes »Phantasieprodukt von grausamer Komik« (ebd., 59). Daß die Fähigkeit zur Dezision in den Augen Schmitts die extreme Rechte und Linke verband und als gemeinsames Prinzip dem Liberalismus gegenübergestellt wurde, bestätigt auch der (Rechts-

)Schmittianer G. Maschke (1988, 67): »Zumindest mündlich äußerte er (Schmitt, PS) häufig seine Befriedigung darüber, daß die Bolschewiki diesem Typ (Liberalismus, PS) einen gehörigen Schrecken eingejagt hätten«.

Eine andere Methode verwendet Schmitt bei seinen Angriffen auf die parlamentarische Demokratie. Er entwickelt dabei staatstheoretische bzw. politische Modelle von hoher Abstraktheit, um in weiterer Folge deren historischen Verfall infolge von systemimmanenten Inkonsequenzen und Selbstwidersprüchen »nachzuweisen«. Seine argumentative Taktik besteht darin, daß er seine politischen Abneigungen zuerst nicht direkt gegen die parlamentarische Demokratie richtet, sondern sich zuerst mit eher unpolitisch anmutenden Fragen wie etwa der Romantik auseinandersetzt, sie eigenständig mit Inhalt auffüllt, um sie dann als Idealtypus seinen politischen Analysen zugrunde zu legen. In weiterer Folge spielt er dann mit rhetorischem Geschick jene Idealbegriffe gegen die an diesen Idealbegriffen gemessene politische Realität aus. Natürlich argumentiert Schmitt nicht von einem liberalen Standpunkt aus und es geht ihm bei all dem auch nicht um eine liberal-demokratische Verbesserung des Systems, sondern um eine autoritäre Verfaßtheit des Staates.

5. Elemente der Demokratiekritik

Im folgenden werden nun die zentralen Elemente der Schmittschen Demokratiekritik dargelegt. Diese Arbeit geht von der Auffassung aus, daß Liberalismus und Parlamentarismus für eine Demokratie unabdingbare Elemente darstellen. Schmitts Denken ist jedoch geprägt von der Ambition, einen unüberwindbaren Gegensatz zwischen Parlamentarismus und Demokratie herauszuarbeiten. Für Habermas (1987, 113) ist das übrigens auch der »eigentlich problematische Zug« seines Werkes. Ausgehend von einer politisch-theologisch interpretierten Ablehnung der Moderne konstruiert Schmitt ein Spannungsverhältnis zwischen dem homogen gedachten Volkswillen und seiner parlamentarischen Umsetzung, der Repräsentation. Sein analytischer Fehler besteht in einem permanenten Ebenenwechsel zwischen begrifflicher Idealität und Realität und seinem damit verbundenen stringenten Schließen von Widersprüchen innerhalb des Konzeptes auf dessen praktische Dysfunktionalität (vgl. Henning 1988, 141). Diese Widersprüche und seine theoretischen Prämissen offenzulegen, ist das Ziel des folgenden Abschnittes.

5.1 Der politische Katholizismus

Es setzt sich in der gegenwärtigen Schmitt-Debatte mehr und mehr die Auffassung durch, daß theologische, genauer gesagt katholische Elemente Schlüssel zur Schmittschen Gedankenwelt darstellen (vgl. u.a. Mehring 1992). Seine Nähe zur offiziellen Amtskirche seiner Zeit bleibt aber umstritten. Vermutlich bildete sie sich nach der kirchlich nicht anerkannten Scheidung von seiner ersten Frau (1923) zurück. Am Ende der Weimarer Republik warnte

sogar der Vorsitzende des Zentrums Prälat Kaas vor den »das gesamte Staatsrecht relativierenden Grundtendenzen Carl Schmitts und seiner Gefolgs männer« (zitiert in Habisch 1994, 74). Eine andere kritische Stimme aus dem katholischen Lager war der Publizist des Katholischen Volksvereins H. Getzeny, welcher Schmitt einen atheistischen Katholiken nannte und vorwarf, die Kirche nur unter staatsrechtlichem Aspekt zu betrachten und folgedessen nur ihr Äußeres, Organisatorisches und Repräsentatives hervorzuheben (vgl. Koenen 1995, 59). All diese innerkirchliche Skepsis darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Schmitts Kategorien und Begriffe in innerer Verbindung mit seiner katholischen Herkunft und Weltanschauung stehen.

Die Nichtautarkie des Menschen ist für Schmitt etwas völlig Selbstverständliches, ebenso die Insuffizienz seiner angeborenen und erworbenen Kompetenzen, der Unmöglichkeit einer immanenten, rationalen Begründung der eigenen Lebensweise. Dieses aufklärungskritische Konzept will den Menschen in einen metaphysischen Kontext stellen. Im Kern geht es in seiner politischen Theologie, ein Wort das sich immer wieder bei Schmitt findet, um die Verkörperung der Gottesherrschaft, die in seinem Verständnis vom weltlichen Fürsten oder Monarchen verkörpert wird (vgl. Hartwich et al. 1993, 178).

Schmitts Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die Erbsünde, welche er in enge Verbindung mit seiner oben genannten negativen Anthropologie bringt. Damit ist der Weg zu seinem Staats- und Autoritätsverständnis bereits vorgezeichnet, ebenso kann bereits, wie man oben gesehen hat, eine scharfe Ablehnung des Liberalismus abgelesen werden. Die Moderne wird bereits in seiner Frühschrift über Theodor Däublers »Nordlicht« heftig angegriffen: »Der unheimliche Zauberer schafft die Welt um, verändert das Antlitz der Erde und macht die Natur sich untertan. Sie dient ihm für irgendeine Befriedigung künstlicher Bedürfnisse, für Behagen und Komfort. Der Verstand macht sich von allen Fesseln frei und geht ungehemmt seinem Rationalismus nach« (N, 66ff). Hier läßt sich bereits deutlich der feindselige Ton gegenüber der Ökonomie heraushören, wie auch sein lebenslanges Streben nach dem Primat der Politik (vgl. v Beyme, 93ff.).

Aufgewachsen in einem tiefkatholischen Umfeld, verbindet Schmitt dieses Gedankengut mit traditionellen Ansätzen der Staatstheorie. Er entwickelt bereits mit seiner Habilitationsschrift »Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen« (1917) jene autoritäre Staatsmetaphysik, welche er in den 20er Jahren in noch verschärfter Form fortsetzen wird. Bereits 1917 kritisiert er die abstrakte, rationale Wissenschaft und wirft ihr Entfremdung zum tätigen Leben vor. Deutlich kommt dabei seine Ablehnung der damals dominierenden positivistischen Wissenschaft zum Ausdruck. Der Mensch als Schöpfer von Normen und politischer Ordnungen kann von Schmitt aufgrund seines Menschenbildes nur abgelehnt werden. Nur etwas »Außerweltliches, Außermenschliches und Zeitloses« kann die politische Verfaßtheit normativ legitimieren (WB, 30). Dies ist übrigens auch ein gutes Beispiel über das wissenschaftliche Selbstverständnis von Schmitt. Ihm ging es vornehmlich um die politische

Verwertbarkeit seiner Schriften; er sah sich also in erster Linie als politischer Essayist und erst in zweiter Linie als Wissenschaftler (vgl. Maschke 1988, 67).

Die Rolle des Staates soll es nun sein, die diesseitige mit der jenseitigen Welt zu verbinden. Theologie und Politik wird bei Schmitt, entgegen den Prinzipien der Moderne als zusammengehörig gedacht. Die Moral beginnt für Schmitt erst mit gesicherten Rechtsbegriffen, welche jedoch in ihrer Logik alle höheren irrationalen Werte miteinschließen. Sie sind jedoch nicht auf Abstrakta beschränkt, sondern sind bei Schmitt personalistisch konzipiert (vgl. Ball 1983, 101). So auch seine bekannte Aussage: »Alle prägnanten Begriffe der modernen Staatslehre sind säkularisierte theologische Begriffe« (PT, 43). Der große Bruch kommt für ihn mit der französischen Revolution. Sie »beseitigt Gott« in deren weiterer Folge die politische Säkularisierung einen dramatischen moralischen Verfall mit sich bringt. Schmitt führt an dieser Stelle den Begriff der »Neutralisierung« ein; d.h. die völlige Subjektivierung der christlich-religiösen Wahrheitsfrage und des aus ihr folgenden geistigen Relativismus. Schmitt bemüht zur Untermauerung seiner These Lessings »Nathan der Weise«. In ihr realisiert sich die ganze Neutralisierung durch die Reduktion des Christentums als bloß eine von mehreren Religionen (vgl. Heil 1996, 35). So wird deutlich, in welchem Kontext der Liberalismus als politische Ausdrucksform dieses Neutralisierungsprozesses gelesen werden muß. Gleichzeitig dringt auch das naturwissenschaftliche Denken in die politische Vorstellungswelt ein und verdrängt das juristisch-ethische Denken. »Der Souverän, der im deistischen Weltbild, wenn auch außerhalb der Welt, so doch als Monteur der großen Maschine geblieben war, wird radikal verdrängt. Die Maschine läuft jetzt von selbst« (PT, 52). An diesem historischen Zeitpunkt lassen sich unterschiedliche Entwicklungen in den USA und in Europa feststellen. In Nordamerika wird die Stimme des Volkes als »Stimme Gottes« gehört, in der europäischen Tradition kommt es hingegen zum Bruch. Die Staatsphilosophie des 19. Jahrhunderts ist dominiert von antireligiösen Strömungen und der Entwicklung eines neuen politischen Legitimitätskonzeptes (Habisch 1994, 92). Durch die sich nun mehr und mehr durchsetzende Volkssouveränität, d.h. die schrittweise Machtverschiebung vom Fürsten zum Volk verliert die Schmittsche personalistisch strukturierte Deziision mehr und mehr an Bedeutung. »Die Einheit, die ein Volk darstellt, hat nicht diesen dezisionistischen Charakter« (PT, 53). Gerade dies ist aber für ihn besonders wichtig, denn in der Entscheidung vereinigt sich das Juristische mit dem Theologischen. Ist es in seiner Staatsphilosophie der Ausnahmezustand, so ist das theologische Äquivalent das Wunder. Bei beiden handelt es sich um »ein souveränes, nicht logisch oder vernünftig ableitbares Eingreifen, das alle bisher geltenden Gesetze und Regeln außer Kraft setzt« (Habisch 1994, 92). Daß aufgrund dieser grundlegenden Ansichten die liberale parlamentarische Demokratie im weiteren Verlauf abgelehnt wird, ist nur eine logische Konsequenz der Schmittschen Binnenlogik.

Die politische Theologie nimmt von Beginn an Anleitung beim organisatorischen Aufbau der katholischen Kirche, welche als Leitbild für die politische Ordnung herhalten muß. In seiner 1923 geschriebenen Schrift »Römischer Katholizismus und politische Form« steht der Begriff

der Repräsentation im Mittelpunkt der Untersuchung. Für Schmitt ist die politische Einheit des Staates auf zwei Wege zu erreichen. Über Identität oder über Repräsentation. Beide Elemente sind zwar entgegengesetzt schließen einander aber nicht aus; vielmehr sind sie in der politischen Realität sogar notwendig oder um es mit Schmitts Worten zu formulieren »beide gehören zur politischen Existenz eines Volkes« (VL, 205). Entgegen der herkömmlichen Auffassung von einer parlamentarischen Demokratie gesteht Schmitt jener in der politischen Realität jedoch keine Repräsentationsfunktion zu. Der Parlamentarismus übt für ihn nur dann Repräsentationsfunktion aus, solange er in der Sphäre der Öffentlichkeit agiert. Parlamentarische Ausschüsse, welche die Themen für das Plenum inhaltlich aufbereiten und in der Regel unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen, entbehren somit jeglichem Repräsentationscharakter. Da aber in diesen Gremien zumeist die politischen Entscheidungen gefällt werden und im Plenum oft nur der Form halber im Sinne der Geschäftsordnung debattiert wird, kommt dem realpolitischen Parlamentarismus gemessen, am normativ verengten Idealtypus Schmitts, keinerlei Repräsentationsfunktion zu (VL, 209).

Die politische Relevanz besteht bei Schmitt nun in der theologisch-philosophischen Betonung der Repräsentation und in der Übertragung auf staatspolitische Überlegungen. Diese politische Funktionalisierung der Amtskirche erkannte schon Löwith (1995, 272) am großen Vorbild Schmitts, Donoso Cortes. Bereits bei ihm lassen sich wesentliche Gedankenzüge ausmachen, die sich später in Schmitts Schriften wiederfinden. Cortes vertritt die politische Theologie der Gegenrevolution und lehnt die französische Revolution als Aufstand gegen die Schöpfungsordnung ab. Er sieht jedoch, daß das Zeitalter der christlichen Könige zu Ende geht und nicht mehr anders als durch den Willen des Volkes regiert werden kann. Somit bleibt als Heilmittel nur noch die Diktatur. Die Diktatur von oben zur Verhinderung des Aufruhrs von unten.

Schmitt geht in dieser frühen Phase, eine Zeitlang wurde er sogar als der führende katholische Rechtsphilosoph gehandelt, von einem geschlossenen katholischen Weltanschauungsblock aus. Für ihn ist das Wesen des Katholizismus, welcher immer auch als angepeilte politische Alternative zu lesen ist, »diese unendliche Vieldeutigkeit (verbunden) wiederum mit dem präzisen Dogmatismus und einem Willen zur Dezision, wie er in der Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit kulminiert« (KF, 12). Die in dieser Überlegung im Zentrum stehende Repräsentation ist für Schmitt etwas Existentielles und eminent Politisches – letztendlich am besten durch eine absolutistische Monarchie gewährleistet. »Repräsentieren heißt, ein unsichtbares Sein durch ein öffentlich anwesendes Sein sichtbar zu machen und zu vergegenwärtigen« (VL, 209). Daß ihm an dieser Stelle nicht eine liberale parlamentarische Repräsentation vorschwebt, sondern eine autoritäre Staatsform, welche die politische Einheit gewährleistet, wurde bereits oben erwähnt und verwundert nun nicht mehr. Denn die Repräsentation ist der Gegensatz zum demokratischen Prinzip der Identität und insofern nicht demokratisch (ebd. 218). Außerdem zeichnet sich für Schmitt die liberale parlamentarische Demokratie dadurch aus, daß sie eine Mischform ist, die mittels Mischung und Balancierung

jeglichen Absolutismus einer politischen Form verhindern möchte und sich so vor einer letzten, politischen und unabwendbaren politischen Entscheidung drückt (ebd. 305).

Im Schmittschen Pathos liest sich das so: »Repräsentiert kann nicht irgend etwas werden, sondern setzt eine besondere Art Sein voraus. Etwas Totes, etwas Minderwertiges oder Wertloses, etwas Niedriges kann nicht repräsentiert werden. Ihm fehlt die gesteigerte Art Sein, die einer Heraushebung in das öffentliche Sein, einer Existenz fähig ist« (ebd., 210). Und in einer anderen Schrift heißt es recht deutlich: »Die Idee der Repräsentation dagegen ist so sehr von dem Gedanken persönlicher Autorität beherrscht, daß sowohl der Repräsentant wie der Repräsentierte eine persönliche Würde behaupten muß. Sie ist kein dinghafter Begriff. Repräsentieren im eminenten Sinne kann nur eine Person und zwar – zum Unterschiede von der einfachen 'Stellvertretung' – eine autoritäre Person oder eine Idee, die sich, sobald sie repräsentiert wird, ebenfalls personifiziert« (KF, 29).

Das rational-ökonomische Denken in dessen Kontext der liberale Parlamentarismus zu positionieren ist, kennt allenfalls eine Vertretung (von Interessen) und lehnt eine echte Repräsentation ab, ja empfindet sie eher als unzulässige Störung der Produktion und Konsumation von außen. Es ist geradezu das Gegenteil von repräsentativer Autorität. Schmitt ortet die Macht der katholischen Kirche auch in einer geistigen Überlegenheit. Nur die katholische Kirche hat für ihn die Fähigkeit zur juristischen Form, eben weil sie die Kraft zur Repräsentation hat, worauf wiederum ihre Überlegenheit gegenüber dem ökonomischen Denken beruht.

Auch hier offenbart sich wieder die Schmittsche Methode des Argumentierens. Ausgehend von diffus anmutenden Begriffen wie z.B. Repräsentation, die eine ganz zentrale Rolle in seinem Denken spielen, wird ein abstraktes Gedankengebäude errichtet, in dessen Verlauf sich ein anderer anzugreifender Begriff z.B. Parlamentarismus, Ökonomie etc. herauschält. Die politische Brisanz dieser scheinbar »bloß« theologischen und philosophischen Fragestellungen resultiert aus der Tatsache, daß sich hinter all diesen Begriffen zentrale politische Institutionen wie z.B. die katholische Kirche, der Parlamentarismus, die Monarchie etc. verbergen, die allesamt Antworten auf drängende politische und gesellschaftliche Fragen zu geben bereit sind.

5.2 Die Moderne

Die Moderne begreift Schmitt als Prozeß des Verfalls traditionell gebundener Gemeinschaftsformen und Sinnzusammenhängen sowie als Vereinheitlichung. Er beklagt den Verlust subjekttranszendierender Ordnung und die Herrschaft einer ausschließlich über ökonomisch-technische Rationalität gestifteten Wirklichkeitserfahrung. Der Schlüsselbegriff in diesem Zusammenhang lautet Neutralisierung. Schmitt geht es aber auch um die Maßstäbe seiner Modernitätskritik. Er gibt sich nicht zufrieden mit der bloßen Beklagung der Zustände seiner Zeit, sondern will auch politische Alternativen aufzeigen. Diese Zielsetzung verfolgt er

zum ersten Mal in seiner Studie über »Theodor Däublers 'Nordlicht'« (1916). Bereits in dieser frühen Schrift wird die Zerrissenheit der Zeit beklagt und die grundlegende Kritik an der liberalen Moderne ausgebreitet. Sie ist für ihn der große »Antichrist« (N, 65) in Gestalt der absoluten Selbstinthronisation des Subjekts. Wird hier die romantische Naturphilosophie Däublers noch als kontrafaktisches Gegengewicht zur bloß mechanischen Wiederholung des Zeitalters gedacht, ist drei Jahre später die Romantik für Schmitt der Inbegriff einer haltlosen, entscheidungsunfähigen und überspannten Subjektivität, deren intellektuelle Produktivität realitätsfern und letztlich leer ist (vgl. Heil 1996, 18).

Für Schmitt (PR, 78) beginnt die Moderne mit der Philosophie Descartes (vgl. v. Beyme 1991, 31) mit ihrer Erschütterung des alten ontologischen Denkens; ihre Argumentation *cogito, ergo sum* verweist den Menschen an einen subjektiven und inneren Vorgang, d.h. an sein Denken, statt an die Realität der Außenwelt. »Das philosophische Denken wurde egozentrisch und suchte den Mittelpunkt in sich« (PR, 78). Das Resultat des Säkularisierungsprozesses ist die Beibehaltung des alten metaphysischen Schemas unter nunmehrigem Hinzutreten eines neuen diesseitigen Faktors als letzte absolute Instanz. Also eine Verschiebung des Zentrums göttlicher Macht zu Machtstrukturen, in denen der Mensch seine Souveränität beansprucht und ausübt. Dabei beunruhigt Schmitt weniger die religiöse als vor allem die gesellschaftlich-politische Dimension dieser Entwicklung, d.h. der Verlust der bindenden, integrierenden Kräfte der Religion. Deshalb beginnt Schmitt die Kritik der Moderne mit einer Beschreibung des sich aus diesem Vorgang herausbildenden einzelnen Subjekts, welchem er die Eigenschaft »romantisch« zuschreibt. Die damit in engstem Zusammenhang stehende »Autonomisierung des Ästhetischen« wird als allgemeine Privatisierung gedeutet, in dessen Sog der gefürchtete Angriff auf die Stabilität metaphysischer Ordnung und die Legitimität bisheriger politischer Instanzen erfolgt. »Weder religiöse, noch moralische, noch politische Entscheidungen sind im Bereich des Nur-Ästhetischen möglich« (PR, 21). Doch für Schmitt ist die Entwicklung vom Metaphysisch-Moralischen über das Ästhetische nur der Beginn eines Prozesses, welcher nach ihm erst beim verhaßten Ökonomischen enden wird. Die Ökonomie – eine weitere zentrale, immer wiederkehrende Chiffre für den geistig, moralischen und politischen Verfall. »...und der Weg über den noch so sublimen ästhetischen Konsum und Genuß ist der sicherste und bequemste Weg zur allgemeinen Ökonomisierung des geistigen Lebens und zu einer Geistesverfassung, die in Produktion und Konsum die zentralen Kategorien menschlichen Daseins findet« (BP, 83).

Schmitts Modernitätskritik muß auch im Kontext eines erfahrenen Autonomieverlustes des Politischen gelesen werden. Er begreift nämlich die oben erläuterten Autonomisierungs- und Neutralisierungsprozesse mit ihrem verbundenen Verlust von allgemeinverbindlichen Wahrheiten auch als Entpolitisierung. In Schmitts politischer Binnenlogik ist das auch nur konsequent. Denn Politik heißt für ihn vor allem Deziision und genau jene ist durch den Verlust vermeintlicher Wahrheiten schwieriger geworden. Denn wenn stets die Möglichkeit politischer Alternativen mitgedacht werden muß, wird eine klare, eindeutige Entscheidung weniger oft

getroffen werden, als wenn man die Welt mit all ihrer Komplexität und Widersprüchlichkeit in ein ideologisches dichotomes Konzept zwingen möchte. Schmitt übersieht jedoch an dieser Stelle, daß in einem konstitutionellen System mit seinen checks and balances, politische Fehlentscheidungen leichter rückgängig zu machen sind, als in einer absolutistisch-monokratischen Ordnung ohne derartige Korrektiveinrichtungen (vgl. Holmes 1996, 47). Mit anderen Worten: die durch die Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilbereiche gekennzeichnete Moderne fordert ein Umdenken auch innerhalb der politischen Theorie. Theoretiker wie Schmitt wollen nicht wahrhaben, daß der Primat der Politik an die relativ kurze Epoche des Absolutismus gebunden war und kämpfen Zeit ihres Lebens in erster Linie gegen eine die Komplexität anreichernde Ökonomie um die Vorherrschaft des Politischen im Sinne klar umrissener hierarchischer Ordnungsmodelle. Heute ist nichts moderner als der Kampf gegen das Politische. Die heute herrschende Art ökonomisch-technischen Denkens vermag eine politische Idee gar nicht mehr zu perzipieren. Der moderne Staat scheint wirklich das geworden zu sein, was Max Weber in ihm sieht: »ein großer Betrieb« (PT, 68f.). Für Schmitt bedeutete das durch die Moderne vermittelte Infragestellen traditioneller politischer und moralischer Instanzen sofort Chaos. Chaos, welches er sich berufen fühlte, aufzuhalten. Er begriff die Entwicklung also weniger als emanzipatorische Chance, denn als permanente Bedrohung. In seinem juristischen Selbstverständnis bedeutete dies Parteiergreifung für den Staat – um jeden Preis (vgl. Taubes 1993, 139).

Schmitt geht an dieser Stelle gleich zur Parlamentarismuskritik über, welche er ausgehend vom »romantischen Subjekt« sofort mit seinen vorigen Überlegungen verbindet. »Verschwindet hier das Politische im Ökonomischen oder Technisch-Organisatorischen, so zergeht es auf der anderen Seite in dem ewigen Gespräch kultur- und geschichtsphilosophischer Allgemeinheiten. In beidem ist der Kern der politischen Idee, die anspruchsvolle moralische Entscheidung umgangen« (PT, 69). In dieser Perspektive erscheint Laskis »government by discussion« somit als unsinnig und in bewegten Zeiten – Schmitt schrieb dies in den turbulenten Anfangsjahren der Weimarer Republik – völlig verfehlt.

Im modernitätskritischen Kontext sind auch die beiden 1923 geschriebenen Schriften »Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus« und »Römischer Katholizismus und politische Form« zu sehen. Sie richten sich gegen die Trias Moderne-Liberalismus-Parlamentarismus und sind für Schmitts Demokratiekritik bzw. -verständnis von elementarer Bedeutung. Die bereits oben kurz angesprochene Ausdifferenzierung der Moderne beantwortet Schmitt, seinem Autoritätsverständnis entsprechend, mit unterschiedlichen Ordnungsmodellen. Erstens mit dem Modell einer stabilitätsstiftenden (d.h. Ersatz für den verlorenen Gott) *Identität* strukturierten Demokratie und zweitens mit der »spezifischen Rationalität des römischen Katholizismus. Politisch-institutionell liest sich Schmitts Moderneauseinandersetzung als eine Kritik der politischen Form, in welcher die liberale Autonomisierung und Pluralisierung der Wertsphären als Bedrohung der politischen Einheit erscheint (vgl. Kommunitarismus-Debatte). Anzumerken ist jedoch, daß Schmitt die Homogenität bzw. politische Einheit axiomatisch

voraussetzt und sie im Grunde nur inhaltsleer und formal definiert, sie somit jederzeit mit anderen Inhalten aufgefüllt werden kann (so z.B. 1933 mit der »Artgleichheit des Volkes«).

Die identitätsstiftende Einheit soll letztlich von oben her gesteuert werden. »...daß die allein politische Frage die Identifikation betrifft, nämlich die Frage, wer über die Mittel verfügt, um den Willen des Volkes zu bilden: militärische und politische Gewalt, Propaganda, Herrschaft über die öffentliche Meinung durch Presse, Parteiorganisationen, Versammlungen, Volksbildung, Schule. Insbesondere kann die politische Macht den Willen des Volkes, aus dem sie hervorgehen soll, selbst bilden« (GLP, 37f.). Diese in erster Linie vertikale und autoritäre Konzeption Schmitts basiert ebenfalls auf seiner Prämisse einer Nichtautarkie des Menschen, seiner Angewiesenheit und Ausrichtung auf Gott bzw. den absoluten Fürsten als dessen weltlichen Repräsentanten, welche den Bezugspunkt jeder politischen Ordnung bilden (vgl. Hartwich et al 1993, 180; Sartori 1987, 131ff.). An dieser Stelle empfiehlt sich nochmals das bereits bekannte Taubes (1993, 139) Zitat: »(D)aß Staat bleibt. Das ist das, was er (Schmitt, PS) später das Kat-echon nennt: Der Aufhalter, der das Chaos, das von unten drängt, niederhält«. Schmitts politisches Angebot ist die politische Form des Katholizismus. Nur sie verkörpert jene völlig andere institutionelle Rationalität wie sie Schmitt im »ökonomisch-technischen Zeitalter« und in der »liberalen Metaphysik« nicht entdecken kann. Mit anderen Worten: Ein politisch instrumentalisierter Katholizismus mit all seiner gegenmodernen Rationalität und antipluralem Dogmatismus. Nicht zu Unrecht meint Greiffenhagen (1986, 100ff.): Der Konservative ist an dem sozialen Integrationswert der Religion stärker interessiert als an den religiösen Inhalten selbst. Verteidigung des Christentums im Sinne einer Traditionsquelle und Vermittlerin geschichtlichen Herkunftsbewußtseins. Durch die Religion werden die entsprechend relevanten Wertvorstellungen weitergeführt. Diese konservierende und tradierende Funktion ist hier eminent wichtig. Denn ein solcherart verstandener christlicher Glaube versteht sich als das entscheidende Bindeglied zwischen dem »alten Wahren« und der Moderne.

5.3 Der Liberalismus

Der Liberalismus wurde insbesondere in der Weimarer Zeit von links und von rechts abgelehnt. Für die meisten Intellektuellen war er der Inbegriff und die Wurzel aller negativen Entwicklungen und Erscheinungen. Neben durchaus sachlich vorgetragener Kritik dominierte eine scharfe und haßerfüllte Polemik den politischen und publizistischen Diskurs. Kritik wurde nicht um einer Korrektur des Parlamentarismus willen getätigt, sondern basierte auf politischen Wertvorstellungen, welche fundamental zu den Grundprinzipien einer liberalen, parlamentarischen Demokratie in Widerspruch standen. »Die Zielsetzung des antidemokratischen Denkens richten sich auf eine neue Politik, einen neuen Staat, ein neues Reich« (Sontheimer 1968, 142). Neben dem Begriff des Liberalismus begegnet man bei Schmitt immer wieder Bezeichnungen wie: Individualismus, Atomismus, Mechanismus. Diese Ausweichbegriffe haben jedoch keine wesentlich andere bzw. eigene Bedeutung. Auch sie

waren negativ konnotierte Kampf- und Stigmabegriffe und stehen für den verachteten und als verhängnisvoll empfundenen Liberalismus.

Eine wesentliche Komponente im Schmittschen Antiliberalismus ist seine anthropologische Ausgangssituation. Anknüpfend an Machiavelli und Hobbes ist der Mensch für Schmitt ein böses und gefährliches Wesen. Nach Schmitt muß jede ernstzunehmende politische Theorie zur politischen Natur des Menschen Stellung beziehen, d.h. sie muß die Frage beantworten, ob der Mensch in ihrem Sinne »von Natur gut« oder »von Natur böse« ist. Schmitt läßt in der »Politischen Theologie« den von ihm verehrten und stets zustimmend referierten spanischen Katholiken und Gegenauflärer Donoso Cortes für ihn sprechen: »Seine Verachtung der Menschen kennt keine Grenzen mehr; ihr blinder Verstand, ihr schwächlicher Wille, der lächerliche Elan ihrer fleischlichen Begierden scheinen ihm so erbärmlich, daß alle Worte aller menschlichen Sprachen nicht ausreichen, um die ganze Niedrigkeit dieser Kreatur auszudrücken. Wäre Gott nicht Mensch geworden – das Reptil, das mein Fuß zertritt, wäre weniger verächtlich als ein Mensch« (PT, 63). Nur Gott ist es nach dieser Logik zu verdanken, daß das Böse noch nicht gesiegt hat. Indem nun der Liberalismus vom Individuum aus argumentiert, negiert er für Schmitt völlig die Natur des Menschen. Seine in weiterer Folge gestellten Ziele wie Freiheits- und Menschenrechten, Zurückdrängung des Staates sind in Schmitts Logik völlig unrealistische, politisch naive Forderungen. Schmitt, die Anarchie ob der aufbegehrenden Menschen vor Augen, läßt Cortes für ihn sprechen – religiös-metaphorisch, aber nichtsdestotrotz eminent politisch: »(D)ie Menschheit ist ein Schiff, das ziellos auf dem Meer umhergeworfen wird, bepackt mit einer aufrührerischen, ordinären, zwangsweise rekrutierten Mannschaft, die grölt und tanzt, bis Gottes Zorn das rebellische Gesindel ins Meer stößt, damit wieder Schweigen herrsche« (ebd.). Auch hier bedient sich Schmitt des religiösen Pathos in spekulativer Absicht. Es dient, wie oft bei Schmitt, der Zuspitzung der Problematik in das Äußerste, später verwendet er den juristisch-politischen Ausdruck des Ausnahmezustandes. Nur von der Perspektive des Extremfalles vermag er gehörig gegen den Liberalismus vorzugehen, denn gemäß seiner Konzeption leugne dieser ja beharrlich den Ernst- oder Extremfall. »Das Normale beweist nichts, die Ausnahme beweist alles. In der Ausnahme durchbricht die Kraft des wirklichen Lebens die Kruste einer in Wiederholung erstarrten Mechanik« (PT, 21; zur Lebensphilosophie als Element des antidemokratischen Denkens vgl. Sontheimer 1968, 56ff). Ist nun wie bei Schmitt das Politische wesentlich vom Extrem her bestimmt, einem von Irrationalität durchdrungenen Extrem (im Pathos Schmitt geht es doch immerhin um physische Vernichtung und Staatsexistenz) und wird gerade dort die gewünschte Deziision angesiedelt, so kann mit Höffe (1986, 289) glaubhaft von einer Entrationalisierung der politischen Entscheidung gesprochen werden. Wird diese Entscheidung mit ihrer rationalismusfeindlichen Binnenlogik auf den Liberalismus im Sinne Schmitts rückprojiziert, so verwundert seine Kritik an selbigem nun nicht mehr. Ist doch für ihn der Liberalismus der Inbegriff für das »ewige Gespräch« und »Entscheidungsunfähigkeit« und somit unfähig sich im Extremfall zu behaupten. Nur von diesem ausgehend, gelangt aber Schmitt zu einer Definition des Politischen, denn alle Politik müsse »letzten Endes«

»entscheiden« (lat. *Dezision*) und zwar zwischen »Freund und Feind« und grundsätzlich zur physischen Vernichtung des Feindes fähig sein (BP, 27). Der Schmittianer Maschke (1988, 59) versucht den darin enthaltenen moralischen Aspekt herauszuarbeiten: »Wenn nämlich das Politische als Unterscheidung zwischen Freund und Feind und die dazugehörige Gespanntheit und *vertu* des Menschen verschwände, etwa in einem pazifistischen Weltstaat, der nur noch eine a-politische Konsum- und Produktionsgesellschaft wäre, dann würde es nur noch politikreine Weltanschauungen, Kultur, Zivilisation, Moral, Recht, Kunst, Unterhaltung usw. geben, aber weder Politik noch Staat. Eine Welt ohne Politik wäre jedoch eine ohne Ernst und Ernstfall und damit eine ohne moralische Entscheidung; es wäre eine Welt der Dekadenz und der Entropie. Die Bejahung des Politischen ist also eine Bejahung des Moralischen und dieses Moralische wird zersetzt und gefährdet von einer Moderne, die sich im Liberalismus artikuliert«. Dieses Zitat veranschaulicht recht deutlich die oft wirre Argumentation Schmitts und seiner Anhänger. Sie läßt sich, wenn überhaupt, nur begreifen, wenn man mit Schmitt der Meinung ist, daß nur die Anerkennung der Feindschaft die Begrenzung der Feindschaft ermöglicht. Denn wenn eigene machtpolitische Interessen hinter universalistischen Konzepten versteckt und verfolgt werden, so führt das für Schmitt in die Barbarei, in den totalen Krieg. Diese durchaus diskussionswürdige Ideologiekritik Schmitts kann jedoch nicht seinen eigenen Ansatz retten. Es ist am Ende des 20. Jahrhunderts nur schwer einzusehen, daß einer klaren Bestimmung des Feindes das Moralische immanent sei.

Bejaht man jedoch mit Schmitt die essentielle Notwendigkeit zur Entscheidung, stößt man sofort auf den nächsten Vorwurf gegen den Liberalismus, jener sei konzeptionell unfähig sich zu entscheiden (siehe v.a. Kapitel zur Parlamentarismuskritik). Der Problemlösungszugang der Liberalen sei die rationale Diskussion. Oftmals gibt es aber Konflikte, welche so intensiv und irrational sind, daß sie keiner Diskussion mehr zugänglich seien. Das ist zwar leider allzu wahr, doch bleibt unklar, was Schmitt eigentlich sagen will. Seine Methode mit einer idealtypischen Begrifflichkeit erlaubt es ihm offensichtlich nicht anzuerkennen, daß auch liberale Demokratien zu einer Entscheidung kommen und eben nicht nur reden (vgl. Holmes 1996, 57).

5.4 Der Parlamentarismus

War der Liberalismus die politische Bewegung, so war der Parlamentarismus seine charakteristische politische Institution und somit bestens geeignet als »bestgehaßte Einzelerscheinung« (Sontheimer) zu dienen.

Carl Schmitt bezeichnete den Parlamentarismus als historisch überholtes System und leugnete dessen geistige Legitimation, welche auch den Mittelpunkt seiner Kritik bilden. Durchaus doppeldeutig umschreibt Schmitt sein Ziel: »(D)en letzten Kern der Institution des modernen Parlamentarismus treffen. Dadurch wird sich von selbst ergeben, wie wenig den heute herrschenden politischen und sozialen Gedankengängen die systematische Basis, aus

welcher der moderne Parlamentarismus entstand, überhaupt noch faßbar ist, wieweit die Institution moralisch und geistig an Boden verloren hat und nur noch als leerer Apparat kraft einer bloß mechanischen Beharrung mole sua aufrecht steht« (GLP, 30). Er konfrontiert die von ihm erarbeiteten theoretischen Grundprämissen des Parlamentarismus des 19. Jahrhunderts mit der realpolitischen Situation in der Weimarer Republik. Mit dieser geschickt gewählten Methode gelingt es ihm, die tatsächlich vorhandenen parlamentarischen Defizite in Deutschland zu systemimmanenten Antinomien hochzustilisieren, um in weiterer Folge dem Parlamentarismus in Deutschland überhaupt jegliche Existenzberechtigung abzusprechen. Das soll nicht bedeuten, daß Schmitt überhaupt gegen den Parlamentarismus war, nur in Deutschland sei dieses Modell mangels gesellschaftlichem Grundkonsens oder in Schmittschen Kategorien »mangels Homogenität« abzulehnen. Hier zeigt sich seine antiwestliche Einstellung deutlich. Er denkt – völlig konform – in seinen Freund/Feind Kategorien. Die parlamentarische Demokratie ist für ihn ein Produkt der »Siegermächte«. Deren Imperialismus hätte sich nach dem 1. Weltkrieg seiner verlogenen liberalen Methoden bedient und den Parlamentarismus den Deutschen aufgezwungen. Er sei daher »fremd«, d.h. er ist für Deutschland vollkommen ungeeignet und müsse daher beseitigt werden. Dies geht jedoch nicht mit liberalen parlamentarischen Methoden, sind das doch die Methoden der »Siegermächte«, damit würde man gegen das System nichts ausrichten. An dieser Stelle zeigt sich auch Schmitts außenpolitisches Motiv erstmals recht deutlich. »Schmitt ist gegen Weimar, weil Weimar nicht 'sticht' gegen Genf und Versailles. Weimar sticht nicht, weil es die Unterwerfung unter die Maßstäbe der Sieger ist« (Maschke 1988, 57). Sontheimer (1968, 150) entlarvt dieses Argument, welches sich auch in der *Jungen Freiheit* seit 1989 immer wieder findet als demagogischen Unfug und Bildungsmangel der Rechten. Denn die konstitutionelle Monarchie eines Bismarck sowie der aufgeklärte Absolutismus Friedrich des Großen (beides Staatsmänner, welche bei den Antidemokraten große Wertschätzung genießen) ergaben sich aus französischen Vorbildern und trugen somit ebensoviel »Fremdes« in sich wie der Parlamentarismus.

Im Zentrum der Schmittschen Kritik steht jedoch die Feststellung, daß sich der Parlamentarismus von seinen eigenen Zielen entfernt habe. Er ist nicht mehr die Stätte, an welcher sich unabhängige Repräsentanten treffen und sich mittels besserer Argumente überzeugen, sondern ein Ort wo Parteigänger bereits im Vorfeld getroffene Entscheidungen registrieren lassen. Diese durchaus nicht unzutreffende Kritik, welche sich allerdings nicht nur bei Schmitt findet bzw. auf ihn zurückgeht, führt bei ihm sofort zur Feststellung, daß der Parlamentarismus nunmehr kein geistiges Fundament mehr hat und somit bloß noch aus Gründen »konvenierender Pragmatik« (Maschke) aufrechterhalten wird. Dabei räumt Schmitt 1923 dem Parlamentarismus durchaus ein, daß er zumindest ein Mindestmaß an Ordnung gewährleiste und gegenüber Bolschewismus und Diktatur noch immer »das kleinere Übel« sei. Dies genügt Schmitt jedoch nicht. »So anspruchslos wird doch wohl niemand sein, daß er mit einem ›Was sonst?‹ eine geistige Grundlage oder eine moralische Wahrheit für erwiesen hielte« (GLP, 7). Es geht ihm also auch hier um den Idealtypus, welcher dann gegen die

Realität ausgespielt wird, um sich ab 1929 dann sehr wohl für eine immer häufigere Anwendung der das Parlament ausschaltenden Notstandsvorschrift des Art. 48 Weimarer Reichsverfassung auszusprechen (vgl. Scheuner 1967, 272).

Daß Schmitt aufgrund durchaus stimmiger Kritikpunkte den Parlamentarismus oder besser gesagt die parlamentarische Demokratie als solche als unzeitgemäß verwirft, kann nur mit einer grundsätzlichen, in seinem ganzen Weltbild wurzelnden Antipathie und mit einer ganz anderen Vorstellung von Staat, Autorität und Gesellschaft erklärt werden. Denn es ist durchaus möglich, die parlamentarische Demokratie mit Churchill zu verteidigen »on the argument that it is a ghastly criterion, except that others are worse« (Sartori 1987, 139). Genau das ist aber der Punkt bei Schmitt, ihm schwebt sehr wohl ein idealtypisches Staatskonzept vor, eines bei dem nicht das Parlament der Ort politischer Integration sein soll, sondern wo sich das Volk auf der Basis gemeinsamer bloc des idées incontesables versammeln.

Wie bereits oben kurz angedeutet, bejaht Schmitt interessanterweise die liberale Demokratie für die USA, England oder Frankreich (im Schmitt Jargon »Siegermächte«). Dort besteht seiner Meinung nach jener auch für Deutschland heiß ersehnte Grundstock gemeinsamer, nicht mehr hinterfragter Überzeugungen, wenn auch mit anderem Inhalt, die den Parlamentarismus erst politisch vernünftig erscheinen lassen. Deutschland, so wird permanent suggeriert, sei aber anders. Liberalismus/Parlamentarismus sei irgendwie »undeutsch«. Daß es von dieser Argumentation zur sich seit 1989 vermehrt vorfindenden, tagespolitischen Forderung nach einem »deutschen Sonderweg« bzw. die »Westbindung« zu überdenken nicht weit ist, liegt auf der Hand (vgl. Schobert 1994, 270).

Der pluralistisch angelegte Parlamentarismus widerspricht für Schmitt auch der demokratischen Einheit (GLP, 46). Überhaupt wird das akklamierend gedachte Volk (VL, 243f.) durch die erforderliche Einzelabstimmung und das Wahlgeheimnis in eine Ansammlung von Privatleuten zerrissen, deren mechanisches Abstimmungsverhalten als krasser Gegensatz zur Akklamation und somit (sic) zur Demokratie gedacht wird.

Auch der spezifische Rationalismus der parlamentarischen Gesetzgebung und das rechtsstaatliche Legalitätsprinzip wird von Schmitt abgelehnt. Dies beruht wiederum auf seinen dezisionistisch aufgebauten Politikbegriff. Politik ist für ihn nicht ein Prozeß gemeinsamer Willensbildung mit Hilfe einer rationalen Diskussion – Politik ist vielmehr die Vorherrschaft des »agere« vor dem »deliberare«. Normativität wird durch die Dezision des Souveräns, der sich vor niemanden zu rechtfertigen hat, geschaffen. Womit Schmitt mit Hobbes konform geht: Auctoritas non veritas facit legem. Über Wahrheit kann auch nicht länger räsonniert werden, man kann sie nur verkünden und für sie kämpfen. All das, was eine diskursiv-konsensual orientierte Demokratie ausmacht, wird, ja muß von ihm geradezu abgelehnt werden. Dabei unterliegt Schmitt, wie aber auch sein Gegner Kelsen, wenn auch aus unterschiedlicher Perspektive, einem entscheidenden Denkfehler. Die parlamentarische Demokratie mit ihrer

»Sozialtechnik der kleinen Schritte« ist gerade nicht wertfrei oder gar wertelos. Das Absolute besteht darin, daß es in einer pluralistischen Gesellschaft keiner Teilgruppe erlaubt ist, einer anderen ihre Wahrheit und Lebensentwürfe aufzudrängen, d.h. es muß auch, politisch gesprochen, Freiheiten geben, welche unabhängig jeweiliger Mehrheitsverhältnisse Bestand haben (vgl. Welsch 1991, 5; Popper 1992, 189). Oder um mit Sartori (1987, 25) zu sprechen: »(T)he limited majority principle turns out to be *the* democratic working principle of democracy«.

Schmitts Parlamentarismuskritik muß auch im Kontext mit seiner Auseinandersetzung mit M. Weber und H. Kelsen gesehen werden. Gegen den Weberschen Kompromiß einer repräsentativ-plebiszitären Demokratie und der Kelsenschen Identität von Legalität und Legitimität greift Schmitt (GLP, 6) auf das »Spezifische des Parlamentarismus«. Nur mit Hilfe des für ihn so typischen ideellen Verfahrens glaubt er die wahren Unterschiede von liberal-parlamentarischen und massendemokratischen Entscheidungsformen (für Schmitt gibt es da prinzipielle Unterschiede) herausarbeiten zu können. Gegen Weber äußert er massiv Zweifel, ob das Parlament wirklich zur politischen Führerauslese taugte (LP, 8). Ein Punkt, welchen auch Sartori (1987, 141) einräumt, wenn er meint, daß »the quality of leadership, has entirely disappeared from view. Our attention has been increasingly monopolized by the issue of 'exact representation', of how well or how inaccurately votes are translated into seats«.

Im Gegensatz zu Kelsen, welcher wiederum die unauflösliche Verbindung von Parlamentarismus und (Massen-)Demokratie darstellte, spielt Schmitt das eine Prinzip gegen das andere aus, so daß letzten Endes nur mehr sein identitäres Demokratiekonzept übrigbleibt. Das seiner Meinung nach relative Rationalismuskonzept der parlamentarischen Demokratie wird verworfen und die Liberalismus- und Ökonomiekritik zur Parlamentarismuskritik verbunden: »Gewöhnlich erörtert man nur die ökonomische Schlußfolgerung, daß aus der freien wirtschaftlichen Konkurrenz privater Individuen, aus Vertragsfreiheit, Handelsfreiheit, Gewerbefreiheit die soziale Harmonie der Interessen und der größtmögliche Reichtum sich von selbst ergeben. All dieses ist aber nur Anwendungsfall des allgemeinen liberalen Prinzips. Es ist durchaus dasselbe, daß aus dem freien Kampf der Meinungen die Wahrheit entsteht, als die aus dem Wettbewerb von sich selbst sich ergebende Harmonie. Hier liegt auch der geistige Kern dieses Denkens überhaupt, ein spezifisches Verhältnis zur Wahrheit, die zu einer bloßen Funktion eines ewigen Wettbewerbs der Meinungen wird« (GLP, 45f.). Für Schmitt ist dieser Verzicht auf ein definitives Resultat, ein dem Parlamentarismus inhärentes Prinzip. Gleichzeitig kann man hier auch die theologischen bzw. metaphysischen Maßstäbe seiner Kritik, welche für ihn unersetzbare Instrumente der Beurteilung sind, erkennen.

5.5 Die Demokratie

Wie bereits oben erwähnt, geht Schmitt überraschenderweise vom prinzipiell unvereinbaren Gegensatz von Demokratie und Parlamentarismus aus. Er definiert die Demokratie wie folgt: »Demokratie ist die Identität von Herrscher und Beherrschten, Regierenden und Regierten, Befehlenden und Gehorchenden« (VL, 234). Kaufmann (1988, 186) weist an dieser Stelle auf die parallele Verwendung des Begriffes der Identität hin: Einerseits versteht Schmitt darunter Gleichheit im Sinne eines normalen analytischen Begriffes. Andererseits ist sie als substantielle Homogenität im Sinne einer Eigenschaft, welche den Zusammenhalt des Staatswesens konstituiert, sie ist die Gleichheit der Staatsbürger, die in der Neuzeit vor allem durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation definiert wird. In dieser Staatsauffassung definiert sich das Volk nicht als die nüchtern gelassene Zusammenfassung selbstbestimmender Individuen, sondern es wird als Träger bestimmter staatsbildender Merkmale verstanden (gemeinsame Sprache, Geschichte etc.). Die Menschen werden hier zu Objekten »demokratischer« Herrschaft, deren Ziel es ist, die nationale Homogenität, also erst die begriffliche Voraussetzung ihrer Legitimität, sicherzustellen. Als demokratische Maßnahmen hierfür nennt Schmitt die Kontrolle des fremden Zuzuges, Methoden der Beherrschung von Ländern mit heterogener Bevölkerung, Gesetze gegen Überfremdung und Möglichkeiten der Expatriierung (VL, 232ff.).

Daß seine Demokratiekonzeption ansonsten zur formalen Kategorie herabsinkt, gibt Schmitt sogar indirekt selbst zu. »Eine Demokratie kann militaristisch oder pazifistisch sein, absolutistisch oder liberal, zentralistisch oder dezentralisierend, fortschrittlich oder reaktionär, und alles wieder zu verschiedenen Zeiten, ohne aufzuhören, Demokratie zu sein« (GLP, 34; vgl. auch Taubes 1987, 48). Ein politisches Problem, welches in leicht variiert Form auch heute wieder anzutreffen ist. Sartori (1987, 4) nennt unser Zeitalter daher auch »the age of confused democracy« und führt weiter aus: »Democracy still has foes; but it is now best evaded in its own name and by means of its own name.«

Durch Schmitts Oeuvre zieht sich ein positiv besetzter aber letztlich inhaltsleerer, illiberaler und antiparlamentarischer Demokratiebegriff. Dies ist ein Punkt, wo es eine inhaltliche Überschneidung mit der »Konservativen Revolution« gibt. Auch dort wurde für eine »wahre« antiliberaler Demokratie gekämpft. Damit unterscheiden sie sich von anderen völkischen Gruppen und den Nationalsozialisten, welche die Demokratie zwar verabscheuten, sie aber korrekt mit liberalen, parlamentarischen Ideen und Grundrechten verknüpften.

Die Ermittlung des identitären Volkswillens kann kein »mechanisches« Wahlverfahren sein, sondern muß durch Akklamation ermittelt werden. Erst durch die Identität von Regierenden und Regierten soll das Volk als politisch-relevante Größe wieder in Erscheinung treten. Die vermittelten, repräsentierenden Instanzen wie Parteien und Parlament sind mit Überlegungen solcher Art natürlich hinfällig (vgl. Problematik der direkten Demokratie). Die Auffassung vom

Vorrang des plebiszitären Gedankens vor der Idee der Repräsentation, welche als Durchbruch der wahren Demokratie gegenüber der Scheindemokratie des Parlamentarismus gefeiert wurde, geht zwar vom Volk als der politisch maßgebenden Instanz aus, negiert jedoch völlig die Stellung des einzelnen Staatsbürgers (vgl. Sontheimer 1968, 173). Das Volk ist für Schmitt ein Begriff, welcher nur in der Sphäre der Öffentlichkeit existent ist. »Volk und Öffentlichkeit bestehen zusammen; kein Volk ohne Öffentlichkeit und keine Öffentlichkeit ohne Volk« (VL, 243). Aus dieser axiomatischen Überlegung gelangt Schmitt durchaus folgerichtig zur Annahme (bei jenen Annahmen nicht allzu schwer), daß das Volk schon begrifflich gar nicht repräsentiert werden könne. »Es kann nicht repräsentiert werden, weil es anwesend sein muß, und nur etwas Abwesendes, nicht ein Anwesender repräsentiert werden kann« (ebd.). Die quasi natürliche Form der unmittelbaren Willensäußerung eines Volkes ist für Schmitt die Akklamation. Geheime Wahlen sind der Einmütigkeit dabei eher hinderlich. Ebenso andere Errungenschaften einer parlamentarischen Demokratie: »Opposition, dissent, party competition, distrust of public officials, voluntary citizen groups organized around political issues, a free press critical of government policy, and protests of outvoted minorities are liberal and therefore undemocratic« (Holmes 1996, 49).

5.6. Die Ökonomie

Wie bereits erwähnt, wird der große Gegensatz von Schmitt zwischen dem Katholizismus mit seiner spezifischen Fähigkeit zur Repräsentation und dem modernen Rationalismus mit seinem mechanischen ökonomisch-technischen Apparat angesiedelt. Für Schmitt ergibt sich daher und nicht zuletzt aus der Tatsache, daß die Ökonomie die Autonomie des Politischen aushöhlt eine neue Angriffsfläche. Seiner Auffassung nach reduziert das wirtschaftliche Denken die Welt auf pragmatische Probleme und zu befriedigende Bedürfnisse, wobei die Wertfrage bewußt ausgeklammert wird. »Der Rationalismus des ökonomischen Denkens hat sich daran gewöhnt, mit gewissen Bedürfnissen zu rechnen und nur das zu sehen, was er 'befriedigen' kann« (KF, 21). Diese nach ökonomischen Kriterien gegliederte Gesellschaft, ob sie nun marxistisch oder bürgerlich-liberal orientiert ist, wird – da unfähig zur Repräsentation – von Schmitt sofort abgelehnt. »Das Weltbild des modernen industriellen Unternehmers gleicht dem des Industrieproletariats wie ein Zwilling Bruder dem anderen. Darum verstehen sie einander so gut, wenn sie gemeinsam für das ökonomische Denken kämpfen. ...Beide streiten eigentlich nur um die richtige Methode der Elektrifizierung. Amerikanische Finanzleute und russische Bolschewisten finden sich zusammen im Kampf für das ökonomische Denken, das heißt im Kampf gegen die Politiker und die Juristen« (KF, 18f.). Auch hier gelingt es Schmitt, seine ideengeschichtlichen Studien zur Ökonomie mit realpolitischen Problemen seiner Zeit in Verbindung zu bringen. Sein Kampf gegen die Weimarer Republik war auch stets ein Kampf gegen den liberalen Westen. Hier glaubte er den wahren Charakter des Liberalismus zu entdecken, einer sich im humanitär-universalistischen Gerede erschöpfenden macht- und einflußhungrigen Geisteshaltung. Holmes bringt die Schmitt-Kritik auf den Punkt wenn er meint: »The craven desire to submerge the political into the economical reveals, according to

Schmitt, the suicidal nature of middle-class liberalism. No country can maintain its unity as a mere network of consumers and producers – but this is exactly what the demilitarizing classes of the Versailles-Treaty were designed to make Germany become. Moral codes are sticks which one group beats another. The allies used liberalism to confuse and humiliate Germany while cynically pursuing their own imperialistic designs«. Dieser Argumentation ideologiekritisches Potential zu bescheinigen, verkennt die Perspektive von der Schmitt polemisiert. Sein Hauptziel ist es nicht einen realen Liberalismus auf dessen hehre Prinzipien einzuschwören, sondern den Liberalismus als solchen zu überwinden. Mehr als sechzig Jahre später erschien in der *Jungen Freiheit* ein Artikel zum Golfkrieg mit der Überschrift »Die Heuchelei des Westens«. Der Autor geißelt den »Westen, diese verblühte Hure, die nur dem Geld nachläuft und seit Jahrhunderten nicht davon lassen kann, anderen Völkern die Identität zu nehmen« (Kriener 1994, 199).

Schmitt ist aber optimistisch, daß sich das katholische Ethos der Überzeugung gegenüber der staatskritischen Grundüberzeugung der »kapitalistischen Unternehmer« und »proletarischen Arbeiter« durchsetzen wird. Die Verbindung dieser beiden politisch so unterschiedlichen Gruppen, liegt für Schmitt darin, daß beide die Überwindung traditioneller Bindungskräfte und die Auflösung des europäischen Staates anstreben, ganz gleich unter welchen Vorzeichen (vgl. Habisch 1994, 113). Sein politisches Wirken richtet sich daher einerseits gegen die drohende bolschewistische Weltrevolution als auch gegen die »liberalen Siegermächte« des ersten Weltkrieges. Dieser Entwicklung versucht Schmitt das weltanschaulich katholische Milieu entgegenzuhalten, deren Geschlossenheit als Idealbild für die verlorene (aber ersehnte) innere Geschlossenheit des Staates anempfohlen wird. Somit interessiert Schmitt weniger der Katholizismus per se, als sein Potential zur restaurativen und konservativ-reaktionären Staatsideologie.

6. Ausblick

In den vergangenen Abschnitten wurde versucht, die unterschiedlichen Elemente der Schmittschen Demokratiekritik herauszuarbeiten. Dies zeigte einerseits recht anschaulich die Vielschichtigkeit seines Werkes, aber auch die verschiedenen Argumentationsstränge, mit denen man die parlamentarische Demokratie kritisieren kann. Dieses letzte Kapitel will nun seine Kritik in den Kontext der Kommunitarismus-Debatte stellen und zeigen, daß einige kommunitaristische Argumentationsmuster sich bereits bei Schmitt ausmachen lassen. Daß Schmitt in der gegenwärtigen Liberalismus/Kommunitarismus Debatte kaum namentlich präsent ist, liegt vermutlich an der vergleichsweise unterentwickelten Rezeption (vgl. Haselbach 1988) seiner Schriften durch die die Kontroverse dominierenden nordamerikanischen Theoretiker. Dieser Abschnitt versteht sich als bloße Anregung für weitere (politikwissenschaftliche) Untersuchungen und wird daher nicht auf die unterschiedlichsten Argumentationsstränge innerhalb des Kommunitarismus eingehen.

Ein Vorwurf von Seiten der Kommunitaristen ist, daß der Liberalismus aufgrund seines Selbstverständnisses in unserer partikularisierten Gesellschaft den Vorstellungen einer wahrhaft gerechten Welt nicht mehr gerecht werden kann. Sein Ansatz geht von den individuellen Rechten der Bürger aus und sieht den Staat folgerichtig in erster Linie als ethisch neutrale Instanz. Schmitts Schlüsselbegriff lautet an dieser Stelle »Neutralisierung«. Der Staat verabschiedet sich vom »wahren ewigen Guten« (vgl. Kant 1991, 125ff.) zugunsten einer abstrakten, bloß formal definierten Gerechtigkeitsvorstellung. Das Zurücktreten des Staates korreliert positiv mit der Betonung des Individuums und seiner Rechte. Diese individuellen Rechte sind ihrer Anlage gemäß antihierarchisch konzipiert und widersprechen der durch und durch vertikalen Staatsauffassung Schmitts. Demgegenüber denunzieren manche Kommunitarier wie MacIntyre (1996, 70) die liberalen Natur- und Menschenrechte als bloße Fiktionen. Die institutionelle Verankerung der liberalen Freiheitsrechte führt zu einer Verabschiedung allgemeiner Wertmaßstäbe, einer moralischen Subjektivierung und für Schmitt letztlich sogar in das anarchistische Chaos. Jedoch: »Schmitt's tendency to link liberalism to anarchism inadvertently alerts us to the positive attitude toward lawful state power shared by all classical liberals« (Holmes 1996, 262).

Der Kommunitarismus geht von einer sozialen und kulturellen Einbettung der Person aus, sie ist Mitglied einer bestimmten, durch substantielle Werte integrierten Gemeinschaft (Bell 1995, 31). Diese Werte werden dabei vorwiegend als ethische Werte verstanden, welche sowohl für die Identität des Individuums als auch für die Gemeinschaft von zentraler Bedeutung sind (van den Brink 1995, 16; vgl. v.a. die substantielle Gleichheit in Schmitts Demokratiekonzeption VL, 228). Diese stark materiell definierte Gerechtigkeitskonzeptionen verstehen sich als bewußter Gegensatz zu den zurückhaltender formulierten liberalen Theorien des Guten von Rawls' »thin theory of the good« (1973, 396). Abstrakte Moralbegründungen entwickeln, so der häufig anzutreffende Vorwurf seitens mancher Kommunitarier, ungenügend starke Bindungswirkungen und sind daher ungeeignet einer partikularisierten Welt die gewünschte Integration zu verleihen.

Auch wenn nun vermehrt von einer den Liberalismus bloß ergänzenden Funktion des Kommunitarismus gesprochen wird, muß dennoch auf das grundsätzliche Problem hingewiesen werden, daß allzu oft mit für die liberale Demokratie nur schwer zu vereinbarenden Homogenitäten, welcher Art auch immer, argumentiert wird. Für Reese-Schäfer (1994, 163) ist das kommunitaristische Denken denn auch nur als Korrektur einer grundsätzlich liberalen Gesellschaftsordnung denkbar; wird es nämlich selbst zur dominierenden politischen Strömung, droht es sehr rasch repressive Züge zu bekommen. Genau hier sollte auch Schmitt in der Kommunitarismus-Debatte positioniert werden. Denn es gibt, wie oben gezeigt wird, etliche intellektuelle Gemeinsamkeiten zwischen dem »hard anti-liberal« Carl Schmitt und einigen Kommunitariern. »Its exponents display a common sensibility and circle back relentlessly to a single set of core ideas. Laid side by side, their books resemble a protracted argument rather than a disconnected series of complaints (Holmes 1996, 257). Sowohl die

Person Carl Schmitt als auch sein Werk können so als paradigmatisch angesehen werden, wohin die Kritik an Grundprinzipien der liberalen Gesellschaftsordnung führen kann, wenn auch nicht notwendigerweise führen muß.

7. Bibliographie

7.1 Werke von Carl Schmitt

Abkürzungen in alphabetischer Reihenfolge

BP *Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien.* Berlin 1991.

GLP *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus.* Berlin 1991.

KF *Römischer Katholizismus und politische Form.* München 1925.

N *Theodor Däublers »Nordlicht«. Drei Studien über die Elemente den Geist und die Aktualität des Werkes.* Berlin 1991.

PR *Politische Romantik.* Berlin 1991.

PT *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität.* Berlin 1993.

VL *Verfassungslehre.* Berlin 1954.

WB *Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen.* Hellerau 1917.

7.2 Sekundärliteratur

Ball, H., »Carl Schmitts politische Theologie«, in: Taubes, J. (Hrsg.), *Der Fürst dieser Welt. Carl Schmitt und die Folgen*. Paderborn, München 1983, 100–115.

Bell, D., *Communitarianism and its Critics*. Oxford 1995.

Beyme, K. v., *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne*. Frankfurt 1992.

Breuer, S., *Anatomie der Konservativen Revolution*. Darmstadt 1993.

Greiffenhagen, M., *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*. Frankfurt 1986.

Habermas, J., »Die Schrecken der Autonomie. Carl Schmitt auf Englisch«, in: ders., *Eine Art Schadensabwicklung*. Frankfurt 1987, 103–114.

Habisch, A., *Autorität und moderne Kultur. Zur Interdependenz von Ekklesiologie und Staatstheorie zwischen Carl Schmitt und James M. Buchanan*. Paderborn 1994.

Hartwich, W. D. et al. »Nachwort«, in: Taubes, J., *Die politische Theologie des Paulus*. München 1993, 143–182.

Haselbach, D., »Die Wandlung zum Liberalen-Zur gegenwärtigen Schmitt-Diskussion in den USA«, in: Hansen, K.; Lietzmann, H. (Hrsg.), *Carl Schmitt und die Liberalismuskritik*. Opladen 1988, 119–140.

Heil, S., »Gefährliche Beziehungen«. *Walter Benjamin und Carl Schmitt*. Stuttgart, Weimar 1996.

Henning, H., »Carl Schmitts 'Legalität und Legitimität'. Die politische Dezision im Jahre 1932«, in: Hansen, K.; Lietzmann, H. (Hrsg.), *Carl Schmitt und die Liberalismuskritik*. Opladen 1988.

Hoeffe, O., »Entscheidung«, in: *Staatslexikon* Bd. 2, Freiburg 1986, 287–290.

Holmes, S., *The Anatomy of Antiliberalism*. Cambridge, MA 1996.

Jung, E., »Neubelebung von Weimar«, in: *Deutsche Rundschau*, Juni 1932.

Kant, I., »Über den Gemeinspruch«, in: ders., *Gesammelte Werke Bd. XI*. Frankfurt 1991.

Kaufmann, M., *Recht ohne Regel? Die philosophischen Prinzipien in Carl Schmitts Staats- und Rechtslehre*. Freiburg 1988.

Kellershohn, H., »Das Projekt 'Junge Freiheit'«, in: ders. (Hrsg.), *Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der »Jungen Freiheit«*. Duisburg 1994.

Kennedy, E., »Carl Schmitt und die »Frankfurter Schule«. Deutsche Liberalismuskritik im 20. Jahrhundert, in: *Geschichte und Gesellschaft* Nr. 12, 1986, 380–419.

Koenen, A., *Der Fall Carl Schmitt. Sein Aufstieg zum »Kronjuristen des Dritten Reichs«*. Darmstadt 1995.

Kriener, K., »Plettenberg-Freiburg-Potsdam. Über den Einfluß Carl Schmitts auf die 'Junge Freiheit'«, in: Kellershohn, H. (Hrsg.), *Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der »Jungen Freiheit«*. Duisburg 1994.

Löwith, K., *Von Hegel zu Nietzsche. Der revolutionäre Bruch im Denken des 19. Jahrhunderts*. Hamburg 1995.

Mann, G., *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. Frankfurt 1992.

Maschke, G., »Drei Motive im Anti-Liberalismus Carl Schmitts«, in: Hansen, K.; Lietzmann, H. (Hrsg.), *Carl Schmitt und die Liberalismuskritik*. Opladen 1988.

MacIntyre, A., *After Virtue*. London 1996.

Mehring, R., *Carl Schmitt zur Einführung*. Hamburg 1992.

Popper, K. R., *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Band 1. Tübingen 1992.

Quaritsch, H., *Positionen und Begriffe*. Berlin 1989.

Rawls, J., *A Theory of Justice*. Oxford 1973

Reese-Schäfer, W., *Was ist Kommunitarismus?* Frankfurt 1994.

Sartori, G., *The Theory of Democracy Revisited*. Chatham, New Jersey 1987.

Scheuer, U., »Die Anwendung des Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung unter den Präsidentschaften von Ebert und Hindenburg«, in: Hermes, F. A.; Schieder, T (Hrsg.),

Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning. Berlin 1967.

Schobert, A., »Geschichtsrevisinismus a la carte. Mit Nolte und Zitelmann gegen 'Westextremismus'«, in: Kellershohn, H. *Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der »Jungen Freiheit«*. Duisburg 1994.

Sontheimer, K., *Das antidemokratische Denken in der Weimarer Republik*. München 1968.

Sontheimer, K., »Der Macht näher als dem Recht«, in: *Die Zeit*, Nr. 17, 1985.

Taubes, J., *Ad Carl Schmitt. Gegenstrebige Fügung*. Berlin 1987.

Taubes, J., *Die politische Theologie des Paulus*. München 1993.

Van den Brink, B., »Die politisch-philosophische Debatte über die demokratische Bürgergesellschaft«, in: Van Reijen, W., *Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie*. Frankfurt 1995, 7–26.

Welsch, W., *Unsere postmoderne Moderne*. Weinheim 1991.